

Wir haben verstanden: der Deutsche Bundestag auf dem Weg in die digitale Demokratie

Jimmy Schulz

Die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft hat das Thema Internet endgültig in den Bundestag gebracht und nicht nur alle Fraktionen durchdrungen, sondern auch die verschiedenen Themenbereiche. Das ist ein sehr wichtiges Ergebnis. Das Internet hatte bereits zu Beginn der Legislaturperiode 2009 alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereiche längst erfasst und stark verändert – eher als eine Grundlage der gesellschaftlichen Teilhabe und der Demokratie anstelle nur einer praktischen Hilfe oder Spielart. Allerdings hatte die Politik noch nicht darauf reagiert.

Die Enquete hat detaillierte Empfehlungen in den verschiedensten Fachbereichen erarbeitet - zum Beispiel mehr und besser ausgestattete interdisziplinäre Lehrstühle für IT-Sicherheit einzurichten, das Urheberrechtssystem in Deutschland zu überprüfen und neu zu gestalten oder auch die Multi-Stakeholder Plattform »Internet Governance Forum« (IGF) in Deutschland stattfinden zu lassen. Ab Herbst soll die Arbeit der Enquete in einem Ausschuss für Netzpolitik fortgesetzt werden. Nur so können die Themen, die unsere unterschiedlichsten Lebensbereiche betreffen, politisch bearbeitet werden und in die Tagespolitik einfließen. Diese einstimmige Empfehlung der Enquete ist ein sehr großer Erfolg.

Aber auch die demokratischen Impulse, die die Enquete geliefert hat, gehören zu ihren großen und wichtigsten Erfolgen. Grundsätzlich tagen alle Ausschüsse des Deutschen Bundestages nicht öffentlich und die Öffentlichkeit wird über klare Strukturen wie zum Beispiel Anhörungen und Expertengespräche einbezogen. Nach lebendigen Debatten haben wir es geschafft, alle Sitzungen der Enquete live im Internet zu übertragen und eine Unterseite der Webseite des Deutschen Bundestages einzurichten, auf der den Bürgerinnen und Bürgern alle Dokumente und weitere Informationen zur Verfügung stehen.

Insbesondere aber ist hervorzuheben die Online-Beteiligungsplattform »Adhocracy«, auf der Bürgerinnen und Bürger sich aktiv beteiligen und inhaltliche Vorschläge machen konnten - etwas das rein analog kaum machbar gewesen wäre. Viele der Vorschläge wurden in den Handlungsempfehlungen der Enquete aufgegriffen. So hat die Enquete-Kommission ein neues, parlamentarisch einzigartiges Level an Transparenz und Mitbestimmung erreicht.

Die Enquete hat einen wichtigen Schritt für die Demokratie gesetzt – weg von der vermeintlichen Postdemokratie. Die Erprobung des Online-Beteiligungswerkzeuges hat grundsätzlich überzeugt. Solche Tools senken die Hürden für Menschen, mitzumachen und so wird es viel einfacher für Menschen, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen, eigene Ideen einzubringen und gemeinsam Lösungen zu finden. Wir wollen deswegen diese einzigartige Form der Bürgerbeteiligung weiterentwickeln und weiterführen.

Die FDP Bayern hat im letzten Sommer diesen Schritt bereits gemacht und »New Democracy« – ein Online-Beteiligungstool – gestartet. Die Plattform ermöglicht die einfache Erstellung, Bearbeitung, Diskussion und Abstimmung über Anträge. Der Landesfachausschuss für Netzpolitik hat das System im Pilotversuch getestet und den netzpolitischen Teil des liberalen Landtagswahlprogramms erarbeitet. »New Democracy« wird künftig auch anderen Gremien und Gliederungen der FDP Bayern zur Verfügung stehen. Auch Nichtmitglieder können auf fdpbayern.newdemocracy.de ihre Gedanken einbringen.

Die digitale Demokratie, auch Demokratie 2.0 genannt, bietet viele Chancen und hat unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedensten Bereiche der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe. Als Liberaler stehe ich für eine lebendige Partizipationskultur. Teilhabe kann besonders durch die Chancen der Digitalisierung verbessert werden: transparentere Information und Aufklärung der Bürger, echter Dialog mit den Bürgern und als letztes Mittel die Stärkung der direkten Einwirkung auf Entscheidungsprozesse der Bürger.

Autor

Jimmy Schulz ist Unternehmer und Bundestagsabgeordneter für die FDP. Er ist Mitglied des Innenausschusses, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien sowie des Petitionsausschusses, Obmann seiner Fraktion im Unterausschuss Neue Medien und gehört der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft an.

Kontakt:

Jimmy Schulz

Mitglied des Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030)227 764 28

E-Mail: www.jimmy-schulz.de

Redaktion

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de